



# Schattenfinanzplätze & Steuervermeidung

Hintergrund, Bewertung  
und Ratingmethodik

(Stand: Februar 2016)

## 1. Einleitung

---

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung werden als globale Herausforderungen mit signifikanten finanziellen und sozialen Auswirkungen verstanden. Während Steuerhinterziehung verboten und somit illegal ist, ist Steuervermeidung kein Straftatbestand und entsteht durch die Nutzung von Lücken und Schlupflöchern in der nationalen und internationalen Steuergesetzgebung. Dabei wird es multinationalen Konzernen (MNK) erlaubt, Unternehmensprofite in andere Staaten umzuschichten, oft zu oder über Steueroasen, in der Absicht, damit Steuern auf Teile oder die Gesamtheit des Gewinns zu vermeiden. Aber nicht nur MNKs profitieren von Steueroasen. Vermögende Privatpersonen zählen ebenso zu den Profiteuren von Steuerschlupflöchern durch Steueroasen. Schätzungen der Nicht-Regierungsorganisation (NRO) „Tax Justice Network“ (TJN) zufolge werden allein von vermögenden Privatpersonen im Erhebungsjahr 2005 Vermögen in Höhe von 11,5 Billionen US Dollar „offshore“ verwaltet. Weltweit entgehen Regierungen allein durch diesen Zustand jährlich etwa 250 Milliarden US Dollar an Steuereinnahmen (Tax Justice Network, 2005 & 2011). Schattenfinanzplätze, Steueroasen, Regulierungsoasen, Offshore-Finanzzentren, bevorzugte Steuerregime und eine Vielzahl anderer Begriffe werden oft synonym dafür verwendet, um auszudrücken, dass ein Staat oder Finanzplatz eine der Finanzindustrie untergeordnete Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen schafft, um Investoren und ausländisches Kapital anzuziehen. Dabei wird in erster Linie auf die Instrumente der Geheimhaltung und der Verdunkelung von Informationen bzw. Intransparenz gesetzt. Während die Begriffe rund um Steueroasen und ihre genauen Definitionen kontrovers diskutiert werden, herrscht weitreichende Übereinstimmung über die von Steueroasen ausgehenden schädlichen Effekte. So können die negativen Auswirkungen von Steueroasen in drei Hauptkategorien zusammengefasst werden:

- ▶ Verlust von Steuereinnahmen
- ▶ Gefährdung der Stabilität des Wirtschafts- und Finanzsystems
- ▶ Unterstützung krimineller Aktivitäten

In der folgenden Ausarbeitung wird das Thema „Schattenfinanzplätze & Steuervermeidung“ unter anderem auf der Basis von Untersuchungsergebnissen und Hintergrundinformationen einschlägiger internationaler Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen beleuchtet. Zu diesem Zweck hat imug eine Auswahl an Organisationen herausgearbeitet, die als Hauptreferenz bei der Bearbeitung dieses Themas dienen: OECD, IMF, Financial Action Task Force, Attac, Tax Justice Network sowie Global Financial Integrity. Weitere Quellen werden bedarfsweise hinzugefügt.

## 2. Definitionen

---

Wie zuvor erwähnt, existiert noch keine einheitliche Definition der Begrifflichkeiten für „Steueroasen“. Derweil jeder dieser Begriffe eine spezielle Charakteristika beschreibt, die oft alle auf einen Staat bzw. Finanzplatz zutreffen. So kann ein Finanzplatz zum Beispiel gleichzeitig eine Steuer- und Regulierungsoase sein. Die OECD definiert in einem von ihr 1998 veröffentlichten Bericht Steueroasen als solche Steuerhoheiten, die für Investoren eine Umgebung mit keiner oder nur mit einer nominalen Steuerbelastung anbieten und nur sehr geringe Regulierungen aufweisen (OECD, 1998).

Auch wenn die gesetzlichen oder administrativen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Steueroasen unterschiedlich sind, gibt es generelle Gemeinsamkeiten, die eine nähere Definition des Begriffs erlauben. Neben dem strikten Bankgeheimnis, der geringen oder fehlenden Besteuerung und der fehlenden Transparenz, wurden in dem zuvor erwähnten OECD-Bericht drei Zweckbestimmungen identifiziert, die Steueroasen gemeinsam haben:

1. Sie stellen einen Ort für die Beteiligung an „passiven“ Investments zur Verfügung,
2. ermöglichen das Verbuchen von Scheingewinnen und
3. schützen Steuerzahler vor den Kontrollen der Finanzbehörden anderer Staaten.

Eine weitere Definition, die gleichzeitig einen wichtigen Bezugspunkt bei der Bearbeitung des Themas liefert, wird von TJN aufgestellt:

Steueroasen erheben nicht nur geringe oder keine Steuern, sondern bieten zusätzlich noch etwas „Allgemeineres“ an. Sie schaffen durch ihr Hauptwerkzeug der „Geheimhaltung“, Rahmenbedingungen für natürliche oder juristische Personen, damit diese die Regeln, Gesetze und Rechtsvorschriften anderer Jurisdiktionen umgehen können. Deshalb nutzt TJN den Begriff „Schattenfinanzplätze“ anstelle des weiter verbreiteten Begriffs Steueroasen (Tax Justice Network, 2009a). Nachfolgend werden die Begriffe Steueroasen und Schattenfinanzplätze synonym verwendet, das Werkzeug der Geheimhaltung wird aber in den Mittelpunkt beider Begriffe gerückt. Interessant ist auch die von TJN gegebene Abgrenzung von Schattenfinanzplätzen zu Offshore-Finanzplätzen:

- ▶ Schattenfinanzplätze sind die rechtlichen und regulatorischen Räume, die von Staaten und Mikrostaaten geschaffen werden, um eine Verlagerung wirtschaftlicher Transaktionen in diese Räume zu fördern;
- ▶ Offshore-Finanzzentren sind die kommerzielle Antwort auf die gegebenen Rahmenbedingungen in Schattenfinanzplätzen. Indem beispielsweise Steuerberater, Banker und Rechtsanwälte versuchen von den Möglichkeiten der rechtlichen und regulatorischen Eigenschaften von Schattenfinanzplätzen zu profitieren. (Vgl. Tax Justice Network, 2009a)

### 3. Warum ist das Thema unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten relevant?

---

Die durch die Existenz von Steueroasen hervorgerufenen schädlichen Einflüsse sind vielfältig, können aber zur Veranschaulichung in drei Hauptkategorien eingeteilt werden:

1. **Verlust von Steuereinnahmen:** Im öffentlichen Diskurs gilt der Verlust von Steuereinnahmen als einer der schädlichsten Effekte von Schattenfinanzplätzen. Denn durch die entgangenen Steuern stehen für staatliche Investitionen in die Entwicklung der Wirtschaft sowie für soziale und Umweltprojekte weniger Mittel zur Verfügung. Besonders trifft der Steuereinnahmenverlust die unteren und mittleren Einkommenschichten, da diese vermehrt auf ein funktionierendes Gemein- und Sozialwesen angewiesen sind. Zudem kann es durch die fehlenden Steuereinnahmen aus Kapitaleinkommen zu einer Verschiebung der Steuerlast bzw. stärkeren Be-

steuerung von Arbeitseinkommen und Konsum kommen. Nach Berechnungen von Global Financial Integrity (GFI) leiden vor allem Entwicklungsländer unter den Steuerverlusten, denen im Durchschnitt der Jahre der Dekade bis 2009 jährlich schätzungsweise zwischen 775 – 844 Milliarden US Dollar durch „unsaubere“ Kapitalströme als Steuerbasis entgangen sind (Kar & Freitas, 2011). Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit dem Verlust von Steuereinnahmen auch die Schätzung der OECD, die besagt, dass ein erheblicher Teil des Welthandels unternehmensintern, das heißt zwischen Unternehmen, die zum gleichen Konzern gehören, vollzogen wird<sup>1</sup> (Neighbour, 2008). Dabei werden diese Transaktionen nicht selten über Steueroasen abgewickelt, um eine weitere Methode zur Steuervermeidung anzuwenden, die unter dem Begriff „transfer mispricing“, zu Deutsch „Manipulation der Verrechnungspreise“, bekannt ist. Nach Berechnungen des GFI aus 2010 entstanden für Entwicklungsländer in der Zeit zwischen 2002 und 2006 allein durch diese Praxis im Durchschnitt jährlich Steuerverluste von 98 – 106 Milliarden US Dollar (Hollingshead, 2010).

2. **Gefährdung der Stabilität des Wirtschafts- und Finanzsystems:** Steueroasen können die Stabilität des Finanzmarktes auf unterschiedliche Weise beeinträchtigen. So können Unternehmen und Finanzinstitute beispielsweise Risikopositionen in ihren Bilanzen verstecken, indem sie Vermögen und Verbindlichkeiten über Steueroasen transferieren und somit eine objektive Bewertung ihrer wirtschaftlichen Situation erschweren. Hier sind auch die oftmals fehlenden Offenlegungspflichten in Schattenfinanzplätzen zu nennen, die es den dortig registrierten Unternehmen ermöglicht, Eigentümerstrukturen und Kontrollmehrheiten zu verbergen (Vgl. Tax Justice Network, 2009b). Dies bedeutet auch, dass potenzielle Risiken nicht ausreichend kommuniziert werden und somit von Marktteilnehmern nicht effektiv bewertet werden können. Eine weitere Gefahr geht von den Schattenfinanzplätzen dadurch aus, dass sie durch das Fehlen von Transparenz, Regulierung und einer strengen Finanzaufsicht risikoreiche und spekulative Finanzgeschäfte anziehen. In diesem Kontext gibt es Hinweise darauf, dass die Intransparenz von Schattenfinanzplätzen als ein Beschleuniger für die Finanzkrise gewirkt hat, da es Finanzinstituten in Schattenfinanzplätzen unter anderem erlaubt war, nahezu komplett oder gänzlich unreguliert, „toxische“ Kredite in nicht zu durchschauende Finanzprodukte zu verpacken und von dort aus weiterzuverkaufen. Auch das „too big to fail“-Problem und die Verzerrung des Wettbewerbs sind mit Steueroasen in Verbindung zu bringen (Vgl. Tax Justice Network, 2011). Denn die verringerte Steuerlast und die lockeren Regulierungen für Banken, Finanzdienstleister und Unternehmen in Schattenfinanzplätzen führen zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber kleineren und mittleren, eher national agierenden Konkurrenten und treiben damit das Wachstum der international agierenden Finanzinstitute und Unternehmen an (Vgl. Tax Justice Network, 2005, 2009 & 2011).
3. **Unterstützung krimineller Aktivitäten:** Die Intransparenz von Steueroasen schafft absichtlich einen rechtlich geschützten Rahmen, der Ermittlungen im Bezug auf die dort tätigen Marktteilnehmer sowie ihrer Aktivitäten erschwert. Somit können Geldwäsche, Finanzierungen terroristischer Aktivitäten, Finanzaktivitäten, die mit allen Arten des Betrugs, Drogenhandels, Menschenhandels, illegalen Waffenhandels, Veruntreuung öffentlicher Gelder und mit vielen anderen illegalen Aktivitäten in Verbindung stehen, die natürliche Folge einer rechtlich geschützten Geheimhaltung sein. Schätzungen der GFI zu Folge beträgt der Umfang des globalen illegalen Handels mit Gütern und Menschen pro Jahr etwa USD 650 Milliarden<sup>2</sup> (Haken, 2011). Diese Gelder werden dann oft mittels Geldwäscheaktivitäten über Schatten-

finanzplätze in den legalen Wirtschaftskreislauf zurückgeführt (Vgl. Bauer et al., 2009).

TJN versteht Geheimhaltung und Intransparenz der Schattenfinanzplätze als Hauptursache für deren negative ökonomischen, rechtlichen, sozialen und ökologischen Effekte. Im Bezug auf die Ursache von Steuermisbrauch erklärt TJN "Secrecy is the original problem; tax abuses are an outcome (but not the only outcome) of that secrecy" (Tax Justice Network, 2009a). In diesem Zusammenhang argumentiert TJN in seinem Projekt "Mapping the Faultlines", dass die Mechanismen, die „unsaubere“ Finanzströme ermöglichen, aus einer synergetischen Wechselbeziehung zwischen Schattenfinanzplätzen und „Geheimhaltungsanbietern“ (wie beispielsweise Steuerberatern, Rechtsanwälten, Bankern) entstehen. Diese Wechselbeziehung besteht darin, dass die Geheimhaltungsanbieter die Strukturen errichten, welche von den Schattenfinanzplätzen ermöglicht werden. Basierend auf diesem Verständnis fordert TJN eine gesteigerte Transparenz als Mittel zur erschweren Durchführung unerlaubter Finanzströme und einer damit einhergehenden Reduzierung des Volumens dieser Finanzströme. Natürlich ist dies nur eine Möglichkeit das Problem anzugehen und Finanzinstitutionen können darüber hinaus eine Vielzahl anderer Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen von Steueroasen zu mindern oder gar zu verhindern (ibid.).

1. Das Magazin OECD Observer schätzt den Anteil am Welthandel, der unternehmensintern vollzogen wird, auf 60 Prozent.
2. Diese Datenangabe der GFI Studie bezieht sich auf die Kategorien: Drogen, Menschenhandel, Organhandel, Wildtiere, Fälschung, Handwaffen, Diamanten und Edelsteine, Öl, Holz, Fisch, Kunst und Kulturgüter sowie Gold.

## 4. Was ist der Business Case für Steuerehrlichkeit?

Neben den ethischen, sozialen und anderweitig nachhaltigkeitsbezogenen Beweggründen zur Steuerehrlichkeit durch Unternehmen, verweisen eine Vielzahl von Akteuren im aktuellen Diskurs auf den Business Case („Geschäftsszenario“) für eine Integration der Steuerthematik in das Handlungsfeld der Unternehmensverantwortung. Das Verständnis für die potenziellen Auswirkungen und Chancen einer Thematik für das Geschäftsgebaren eines Wirtschaftsunternehmens und somit der Identifizierung eines Business Case, hängt von der Etablierung einer signifikanten Wechselbeziehung zwischen betriebswirtschaftlichen Steuerungsgrößen und der jeweils vorliegenden Thematik ab. Im Bereich der Beachtung von Steuerverpflichtungen und Steuerehrlichkeit ist die naheliegende und weitreichend aufgezeigte betriebswirtschaftliche Steuerungsgröße das Risikomanagement eines Unternehmens und seiner Investoren (Vgl. Christian Aid, 2011; ActionAid UK, 2011; Balch, 2011; Houlder, 2010; SustainAbility, 2006).

Vor diesem Hintergrund und exemplarisch für das Anliegen der vorliegenden Ausarbeitung verweist die Studie „Taxing Issues: Responsible Business and Tax“ des Think Tanks „SustainAbility“ aus dem Jahr 2006 auf drei Risikomanagementgrößen, die durch Steuerehrlichkeit tangiert und im folgenden kurz dargestellt werden:

1. **Reputationsrisiken:** Nicht zuletzt durch die globale Finanzkrise, die durch sie induzierten Rettungsmaßnahmen zur Stützung des Finanzsystems sowie die derzeit eingeführten öffentlichen Sparmaßnahmen, wurde die öffentliche Meinung zur Steuerpflicht geschärft und gewinnt als Beitrag zu gesellschaftlicher Solidarität (vgl. „Fiscal Social Contract“ aus: Christian Aid, 2011) zunehmend an Bedeutung. Dies zeigt sich unter anderem sowohl durch die aktuelle Kampagnendichte in diesem

Bereich, als auch durch die Präsenz des Themas in den Massenmedien. Das Bekanntwerden von Steuervermeidungs- und Steuerplanungspraktiken eines Wirtschaftsunternehmens bringt somit signifikante Reputationsrisiken mit sich.

2. **Regulierungsrisiken:** (u.a. Rechtsrisiken): Aggressive Steuerpraktiken eines Wirtschaftsunternehmens erhöhen das Risiko von Rechtsstreitigkeiten im Falle einer Untersuchung durch Finanzbehörden oder anderer Prüfungsmechanismen bzw. – autoritäten. Aber auch die Vergabe öffentlicher Aufträge wird zunehmend an soziale, ethische und ökologische Belange geknüpft und kann somit bei Nicht-Beachtung von Steuerpflichten zu Nachteilen bei den Auftragschancen führen (vgl. Hayat Gazzane, 2010).
3. **Cash-Flow Risiken:** Ausgedehnte Steuervermeidungs- und Steuerplanungspraktiken eines Wirtschaftsunternehmens reduzieren potenziell die Planbarkeit einer nachhaltig positiven Geschäftsentwicklung, da Steuerpflichten durch das Schließen von Steuerschlupflöchern in der Zukunft unerwartet steigen können und somit den Cash-Flow auf diversen Ebenen negativ beeinflussen können.

Die oben genannten Risikogrößen, die nicht isoliert voneinander, sondern unter Einbeziehung ihrer Wechselbeziehungen untereinander betrachtet werden müssen, sind, je nach Betrachtungsweise und Prioritätensetzung, erweiterbar oder akzentuierter darstellbar. Neben diesen Risiken sind aber auch weitere betriebswirtschaftliche Steuerungsgrößen eines Wirtschaftsunternehmens von einem Nachkommen der Steuerpflicht beeinflusst. Ein Beispiel hierfür ist das durch verantwortliches Handeln potenziell ausgelöste Vertrauen in die Wirtschaft und die damit einhergehende Minimierung des Regulierungsanreizes oder des Regulierungszwangs der Behörden. Ein weiteres Indiz für die Wechselbeziehung zwischen der Steuerthematik und betriebswirtschaftlichen Steuerungsgrößen ist die Bedeutung von steuerfinanzierten Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Bildung etc.) sowie Rahmenbedingungen für effektive Steuererhebungsmaßnahmen (politische und wirtschaftliche Stabilität, sichere und effektive Rechtssysteme etc.) für die Investitionsentscheidungen von Wirtschaftseinheiten. Die NRO Christian Aid formuliert diesen Zusammenhang mit den Sätzen, „Evidence suggests that revenue mobilisation is strongly correlated with policy stability and political accountability, while the infrastructure and education needed to attract investment is best funded by tax revenues“ (Christian Aid, 2011). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit der Steuerpflicht einen potenziell positiven Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Steuerungsgrößen eines Unternehmens hat (vgl. Bhinda & Martin, 2009; Christian Aid, 2011).

## 5. Rolle von Finanzinstituten

---

Für eine Vielzahl von Finanzinstituten gehört es zum alltäglichen Geschäft, Finanzaktivitäten in oder über Steueroasen abzuwickeln. Hierbei kann das Spektrum an Geschäftsaktivitäten sehr weit gefasst sein und unter anderem über Tochter- und Zweckgesellschaften, assoziierte Unternehmen, Zweigstellen, Repräsentanzen, Holdings, Beteiligungen, Stiftungen, Trusts, Lebensversicherungskonstrukte, Briefkastenfirmen oder Shell Banks durchgeführt werden<sup>3</sup>. Die dabei angebotenen und durchgeführten Bankaktivitäten und -dienstleistungen führen allzu oft zu einer Ausnutzung der Vorteile von Steueroasen oder forcieren ihre Nutzung (Vgl. Kapitel 6):

- ▶ Angebot von Steuerschlupflöchern für ausländisches Kapital
- ▶ Beratung und Angebot von Finanzdienstleistungen zur Steuervermeidung
- ▶ Nutzung zum eigenen Steuervorteil der Bank
- ▶ Konstruktion und Registrierung von Finanzprodukten in Steueroasen

Es ist essentiell, die konkreten Geschäftsaktivitäten einer Bank im Bezug auf Schattenfinanzplätze zu erfassen, um fundierte Rückschlüsse auf ihre Verantwortung und die daraus entstehenden negativen Folgen zu ziehen. Dies wird aber durch die Geheimhaltung und Intransparenz der Steueroasen und Banken nahezu unmöglich gemacht. Ein Finanzinstitut, das nicht aktiv kommuniziert und dafür sorgt, dass es keine schädlichen Steuerpraktiken, Dienstleistungen zur Steuervermeidung oder Finanztransaktionen aus korrupten und kriminellen Machenschaften duldet und unterstützt, läuft Gefahr, Reputationsschäden oder finanzielle Schäden aus anderen Risikogrößen zu erleiden. Dabei ist es nach Meinung des imug nicht von Bedeutung, ob die finanzielle oder physische Präsenz der Bank in einem Schattenfinanzplatz, bezogen auf das Geschäftsvolumen oder auf den Anteil am kompletten Geschäftsmodell des Finanzinstituts, eine untergeordnete oder nicht relevante Rolle spielt. Dies alles berücksichtigend, folgt imug zu diesem Zeitpunkt bei der Bewertung der Verantwortung eines Finanzinstituts in diesem Bereich zwei Leitfragen:

1. Ist das Finanzinstitut in Steueroasen aktiv oder präsent, die auf der "Mapping the Faultlines"-Liste / „imug-Liste von Schattenfinanzplätzen“<sup>4</sup> aufgeführt sind? Besteht ein Angebot von Dienstleistungen und Produkten zur Steuervermeidung und Ausnutzung von Steuerschlupflöchern?
  2. Hat das Finanzinstitut eine Richtlinie<sup>5</sup> für den Umgang mit Steueroasen, die gewährleistet, dass die negativen Effekte von Steueroasen reduziert oder ausgeschlossen werden bzw. existiert eine Richtlinie, die die Dienstleistungen und Geschäftsaktivitäten des Finanzinstituts in diesem Bezug regelt?
3. Laut einer Studie des US Government Accountability Office aus 2008, sind 83 der 100 nach 2007 geführten einnahmegrößten U.S. börsennotierten Unternehmen über Tochtergesellschaften in Steueroasen vertreten. TJN gibt zudem in einem Report aus 2009 an, dass 99 Prozent der in der Untersuchung abgedeckten europäischen Unternehmen in Steueroasen tätig sind (Vgl. Tax Justice Network, 2009b).
4. Vgl. Kapitel 8
5. Vgl. Kapitel 6

## 6. Richtlinien von Finanzinstituten zu Schattenfinanzplätzen & Steuervermeidung

---

Finanzinstitute, die in einem der Schattenfinanzplätze der imug-Version der "Mapping the Faultlines"-Liste aktiv sind, werden als potenziell anfällig für Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und kriminelle Verwicklungen angesehen. Um nachzuweisen, dass sich das Finanzinstitut aktiv mit den sich daraus ergebenden Problemen beschäftigt und versucht, sie zu vermeiden oder abzubauen, sollte es zumindest in einem ersten Schritt eine Richtlinie zu Schattenfinanzplätzen und Steuervermeidung verabschiedet haben. Diese Richtlinie muss nachweislich als fester Bestandteil in die Geschäftspraxis der Bank integriert sein. Darüber hinaus ist auch erforderlich, dass die Bank transparent und regelmäßig über Bemühungen, Vorfälle und Fortschritte zu diesem Thema

berichtet. Eine Richtlinie und die dazugehörigen Management- und Berichterstattungssysteme können je nach Geschäftsmodell und -tätigkeit des Finanzinstituts unter anderem folgende Elemente beinhalten<sup>6</sup> :

- ▶ Dokumentation der Unternehmensreichweite (konzernweit und auch Unternehmensbeteiligungen abdeckend) der Richtlinie.
- ▶ Einhaltung der jeweils am Besteuerungsstandort gültigen Steuergesetze im Wortlaut und dem Sinn/Ziel nach, im Bezug auf die eigenen Steuerverbindlichkeiten und das Angebot aller Bankdienstleistungen und -produkte.
- ▶ Verpflichtung zu einem offenen und ehrlichen Umgang mit den nationalen Steuerbehörden sowie zu einer zeitnahen und betragsmäßig korrekten Begleichung von Steuerschulden.
- ▶ Gewährleistung, dass die Steuerschuld dort beglichen wird wo die eigentliche wirtschaftliche Leistung der Transaktion stattgefunden hat.
- ▶ Verbot der „Manipulation von Verrechnungspreisen“ (transfer mispricing).
- ▶ Verbot der physischen und finanziellen Präsenz in Steueroasen (konzernweit und auch Unternehmensbeteiligungen abdeckend) ohne ein entsprechendes Monitoring- und Berichterstattungssystem bezüglich der Vermeidung negativer Effekte.
- ▶ Veröffentlichung eines Managementplans zum Abbau der physischen oder finanziellen Präsenz in Steueroasen (konzernweit und auch Unternehmensbeteiligungen abdeckend).
- ▶ Verbot von Beratungs- und Finanzdienstleistungen in und über Steueroasen (konzernweit und auch Unternehmensbeteiligungen abdeckend).
- ▶ Verbot von direkten und indirekten Investitionen in Unternehmen mit Sitz in Steueroasen oder solchen Unternehmen, die von in Steueroasen registrierten Unternehmen kontrolliert werden oder in deren Besitz sind und kein entsprechendes Monitoring- und Berichterstattungssystem bezüglich der Vermeidung negativer Effekte besitzen. Gleiches gilt für Unternehmen die wegen Steuervergehen verurteilt wurden.
- ▶ Gewährleistung, dass alle Geschäftsbeziehungen und -aktivitäten mit Unternehmen, die in Steueroasen registriert sind oder solchen Unternehmen, die von in Steueroasen registrierten Unternehmen kontrolliert oder in deren Besitz sind, nicht zu negativen Auswirkungen führen.
- ▶ Verbot von Steuervermeidungspraktiken oder dem Angebot von Produkten und Dienstleistungen zur Steuervermeidung, die keinen oder nur geringen Bezug zu einer tatsächlichen Wirtschaftsleistung haben und allein den Zweck verfolgen einen künstlich geschaffenen Steuervorteil zu realisieren.
- ▶ Gewährleistung, dass Kunden keinerlei Unterstützung zur Steuerhinterziehung erhalten.
- ▶ Zusammenarbeit mit internen und externen Stakeholdern im Bereich der Richtlinien- und Managementsystemgestaltung oder bei der Bewältigung kontroverser



Vorfälle.

- ▶ Verbot jeglicher Art der Zusammenarbeit oder Abwicklung von Finanztransaktionen mit oder für Shell Banks (Briefkastenbanken), sowie mit Banken, die Geschäftsbeziehungen mit Shell Banks unterhalten (soweit nicht ohnehin schon per Gesetz geregelt).
- ▶ Erstellung einer Liste von erlaubten und verbotenen Geschäftspraktiken oder Produkten im Bezug auf Steuervermeidung und Schattenfinanzplätzen.
- ▶ Verbot oder Regelung der „Konstruktion“ und Registrierung von Finanzprodukten in Steueroasen.
- ▶ Schulung und Information zur Steuerrichtlinie für die entsprechenden Mitarbeiter.
- ▶ Einführung eines Whistleblowing Systems (Hinweisgebersystem) für Mitarbeiter bei Verdacht auf Steuervergehen.
- ▶ Gewährleistung, dass Vermittler und Finanzintermediäre der Bank oder andere direkt oder indirekt mit der Bank verbundene Geschäftspartner die Richtlinie einhalten.
- ▶ Verschärfte Due Diligence (Sorgfaltsprüfung) zur eindeutigen Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten bei allen Bank- und Wertpapierkonten in Steueroasen.
- ▶ Verschärfte Due Diligence zu den Kapitalquellen und Kapitalströmen der Kunden in und zu Steueroasen, zur Vermeidung der Beihilfe zu kriminellen Aktivitäten (z.B. Geldwäsche via Steueroasen).
- ▶ Verpflichtung zu voller Transparenz über die Art und das Volumen der Geschäftsaktivitäten in den jeweiligen Steueroasen (konzernweit und Unternehmensbeteiligungen abdeckend).
- ▶ Veröffentlichung eines Country-by-Country Reportings (detaillierte konzernabdeckende Rechnungslegung nach Ländern, inklusive aller Unternehmensbeteiligungen).
- ▶ Verpflichtung der Firmenkunden zur Durchführung und Veröffentlichung eines Country-by-Country Reportings (konzernweit).
- ▶ Berichterstattung zu Anklagen, Verstößen oder Strafzahlungen im Bezug auf Steuerangelegenheiten.
- ▶ Sonstige stichhaltige Inhalte, die einer Einzelfallprüfung durch das imug standhalten.

6. Die in der Aufzählung beschriebenen Elemente sind nicht erschöpfend und sollen lediglich eine Idee der Möglichkeiten einer Richtlinien- und Managementsystemgestaltung geben. Dabei ergeben sich die aufgeführten Punkte aus Best-Practice Beispielen von Finanzinstituten, dem aktuellen Diskurs unter verschiedenen Stakeholdergruppen und den Erkenntnissen diverser wissenschaftlicher und staatlicher Studien und Veröffentlichungen. Als zusätzliche Quellen zur Erstellung der Liste wurden verwendet: (Vgl. Agencia Tributaria, BankTrack, 2010; Christian Aid, 2011; Christian Aid, 2013; Henderson Global Investors, 2005; HM Revenue&Customs, 2009; Murphy, R., 2010; SustainAbility, 2006; Tax Justice Network, 2010; Tax Research LLP, 2010).

## 7. imug Bewertungsmethodik von Schattenfinanzplätzen

Nach intensiver Grundsatzrecherche und zahlreichen Experteninterviews zum Thema, entschließt sich imug schwerpunktmäßig die TJN-Ergebnisse des „Mapping the Faultlines“-Projektes als Basis für seine Bewertungssystematik zu verwenden. Die Entscheidung, sich auf die Ergebnisse des „Mapping the Faultlines“-Projekts zu stützen, beruht nicht nur auf den umfassenden und in dieser Tiefe noch nie da gewesenen Untersuchungsergebnissen zur Identifizierung von Schattenfinanzplätzen, sondern auch auf der Objektivität, Fundierung und Nachvollziehbarkeit der Bewertungsmethodik<sup>7</sup>. Das Projekt wird von imug herangezogen, um zwei Schritte zu vollziehen:

1. Identifikation und Erstellung einer Liste von Ländern, die anhand nachvollziehbarer, vertrauenswürdiger und zugänglicher Kriterien als Steueroasen verstanden werden können und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Debatte aufgreift.
2. Erörterung und Anwendung eines allgemein nachvollziehbaren Bewertungsansatzes zu Steueroasen, der sowohl im Bezug auf seine Definition als auch auf die zu Grunde gelegten Parameter transparent und zitierfähig ist.

Basierend auf dem als Ergebnis des „Mapping the Faultlines“-Projekts entstandenen „Financial Secrecy Index“ (FSI), der eine Auflistung und ein Ranking von Schattenfinanzplätzen wiedergibt, ist vom imug eine Liste mit Steueroasen abgeleitet worden. Die imug-Liste von Schattenfinanzplätzen dient als Bewertungsgrundlage für das Ratingkriterium „Schattenfinanzplätze und Steuervermeidung“.

An dieser Stelle werden nun die Unterschiede zur imug-Bewertungssystematik und die Beweggründe hierzu erläutert. Im Unterschied zum FSI werden auf der imug-Liste von Schattenfinanzplätzen nicht 82 Finanzplätze aufgeführt, sondern momentan nur 54. Diese reduzierte Aufstellung ergibt sich daraus, dass imug lediglich die Finanzplätze als Steueroasen identifiziert hat, die einen „Finanzintransparenzwert“ von gleich oder größer 64 erhalten haben. Die Festlegung der Höhe des Finanzintransparenzwerts ergibt sich aus der imug Einschätzung über die Intransparenz der Finanzregime und der Tatsache, dass es sich um ein erst in 2011 eingeführtes und somit noch relativ „junges“ Ratingkriterium handelt. Das heißt, dass zukünftig eine Anhebung oder Senkung dieser vom imug festgelegten Scoringgrenze, gemäß den Ergebnissen des FSI erfolgen kann. In 2011 lag die vom imug gewählte Grenze des Finanzintransparenzwerts, zur Aufnahme in die Liste der Schattenfinanzplätze, bei einem Wert von 92 und umfasste damit 31 Schattenfinanzplätze. TJN wird den Financial Secrecy Index fortlaufend aktualisieren und alle zwei Jahre veröffentlichen.

Obwohl imug den Bewertungs- und Berechnungsansatz des FSI für nachvollziehbar befindet und eine Integration des Anteils der jeweiligen Finanzplätze am globalen Markt für internationale Finanzdienstleistungen in das Ranking des FSI begrüßt, konzentriert sich imug auch in diesem Ratingturnus auf den Finanzintransparenzwert. Der Grund hierfür liegt zum Einen darin, dass das Gewicht eines Finanzplatzes im Bezug auf den globalen Handel mit internationalen Finanzdienstleistungen für sich allein genommen keinen Rückschluss auf ein ethisch verwerfliches oder illegales Verhalten zulässt. Zum anderen kann ein Finanzplatz nach Meinung des imug lediglich seine eigenen „Transparenzbemühungen“ sinnvoll beeinflussen und nicht den Anteil an den globalen Finanzdienstleistungen. Allerdings stimmt imug voll und ganz der FSI-Überlegung zu, dass lediglich die Kombination aus Intransparenzwert und „Gewicht“ eines Finanzplatzes, im Bezug auf seinen Anteil an den weltweiten Finanzdienstleis-

tungen, Aufschluss darüber gibt, wie hoch der potentielle Schaden ist, der von dem jeweiligen Finanzplatz verursacht wird oder verursacht werden könnte. Deshalb wird die Integration dieser Komponente weiter untersucht und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt mit in die Bewertung, gemäß dem Ranking des FSI, eingebunden.

7. Die komplette Bewertungssystematik des Mapping the Faultlines Projekts ist unter [www.secrecyjurisdictions.com](http://www.secrecyjurisdictions.com) einzusehen.

## 8. Financial Secrecy Index / imug-Liste von Schattenfinanzplätzen

---

Die für den jeweiligen Ratingturnus gültige imug-Liste von Schattenfinanzplätzen basiert auf der jeweils aktuell verfügbaren Version des Financial Secrecy Index. Nachfolgend die aktuelle imug-Liste von Schattenfinanzplätzen mit Stand September 2016 (alphabetisch):

---

### Schattenfinanzplätze (Intransparenzwert):

- |                                       |                            |   |
|---------------------------------------|----------------------------|---|
| 1. Amerikanische Jungferneinseln (69) | 22. Gibraltar (67)         | 45. Philippinen (63)                          |
| 2. Andorra (77)                       | 23. Grenada (76)           | 46. Samoa (86)                                |
| 3. Anguilla (69)                      | 24. Guatemala (76)         | 47. San Marino (70)                           |
| 4. Antigua & Barbuda (81)             | 25. Guernsey (64)          | 48. Saudi Arabien (61)                        |
| 5. Aruba (68)                         | 26. Hongkong (72)          | 49. Schweiz (73)                              |
| 6. Bahamas (79)                       | 27. Isle of Man (64)       | 50. Seychellen (71)                           |
| 7. Bahrain (74)                       | 28. Jersey (65)            | 51. Singapur (69)                             |
| 8. Barbados (78)                      | 29. Libanon (79)           | 52. St Kitts & Nevis (78)                     |
| 9. Belize (79)                        | 30. Liberia (83)           | 53. St Lucia (83)                             |
| 10. Bermuda (66)                      | 31. Liechtenstein (76)     | 54. St Vincent & die Grenadinen (78)          |
| 11. Bolivien (72-80)                  | 32. Luxemburg (55)         | 55. Taiwan (67-75)                            |
| 12. Botswana (71)                     | 33. Macau (70)             | 56. Tanzania (73-81)                          |
| 13. Brunei Darussalam (83)            | 34. Makedonien (66)        | 57. Türkei (64)                               |
| 14. Cayman Islands (65)               | 35. Malaysia (Labuan) (75) | 58. Turks & Caicos Inseln (71)                |
| 15. Cook Islands (76)                 | 36. Malediven (76-84)      | 59. Uruguay (71)                              |
| 16. Curaçao (68)                      | 37. Marshall Islands (79)  | 60. Vanuatu (87)                              |
| 17. Delaware (USA) (60)               | 38. Mauritius (72)         | 61. Venezuela (64-72)                         |
| 18. Dominica (76)                     | 39. Monaco (74)            | 62. Vereinigte Arabische Emirate (Dubai) (77) |
| 19. Dominikanische Republik (65-73)   | 40. Montenegro (60-68)     |   |
| 20. Gambia (73-81)                    | 41. Montserrat (67)        |   |
| 21. Ghana (67)                        | 42. Nauru (78/91)          |   |
|                                       | 43. Panama (72)            |   |
|                                       | 44. Paraguay (75-83)       |   |
-

## 9. Hintergrundinformationen zum Tax Justice Network

---

Das **Tax Justice Network (TJN)** ist eine unabhängige Organisation, die sich der Forschung, Analyse und Beratungstätigkeit in den Bereichen der Besteuerung und Regulierung widmet. Dabei arbeiten sie dafür, die Bedeutung von Steuern und die schädlichen Folgen der Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, des Steuerwettbewerbs und der Steueroasen zu beschreiben, zu analysieren und zu erklären. Das Ziel von Tax Justice Network ist es hierbei, Reformen auf globaler und auf nationaler Ebene anzustoßen. TJN sind nicht einer bestimmten politischen Partei verpflichtet. Ihr Netzwerk umfasst Akademiker, Anwälte, Entwicklungsorganisationen und NGOs, Finanzexperten, Gewerkschaften, Journalisten, Kirchen / Glaubensgruppen, Öffentliche Interessengruppen, Ökonomen, Steuerberater, Buchhalter, Wirtschaftsprüfer und andere.

## 10. Hintergrundinformationen zu imug

---

Die imug Beratungsgesellschaft ist 1995 aus dem imug Institut an der Universität Hannover hervorgegangen. imug konzentriert sich auf die Frage, auf welche Weise sich betriebswirtschaftliche Ziele wie Umsatz, Marktanteil, Gewinn mit tatsächlichen Vorteilen für die Konsumenten und Kunden, für die Gesellschaft und für die Umwelt im Sinne eines Nachhaltigkeits-Konzeptes optimal verbinden lassen.

### Arbeitsbereich Nachhaltiges Investment:

Im Arbeitsbereich Nachhaltiges Investment der imug Beratungsgesellschaft mbH stehen Recherchen für Fonds und institutionelle Anleger im Mittelpunkt der Arbeit, die in Wertpapiere bzw. Unternehmen mit besonderen sozialen und ökologischen Leistungen investieren. Das besondere an unserer Researcharbeit ist, dass wir, je nach Kundenwunsch, mit unterschiedlichen Kriteriensystemen und Gewichtungen arbeiten.

Ergänzt wird diese Arbeit um Marktforschungs- und Kommunikationsprojekte zur nachhaltigen Geldanlage. imug Nachhaltiges Investment bietet die langjährige Expertise und Professionalität, unterschiedlichste Ansprüche an Anlageobjekte in konkrete Anlagestrategien umzusetzen.

Weitere Informationen zu unseren Projekten und Auftraggebern finden Sie auf unserer Website: <http://www.imug.de/index.php/nachhaltiges-investment.html>.

## 11. Literaturverzeichnis

---

- ActionAid UK (2011). *Tax responsibility – The business case for making tax a corporate responsibility issue*. Abgerufen am 13.01.2012, von: [http://www.actionaid.org.uk/doc\\_lib/tax\\_responsibility.pdf](http://www.actionaid.org.uk/doc_lib/tax_responsibility.pdf)
- Balch, O. (2011). *Can pay, should pay. Ethical Corporation*. Ausgabe vom September, 2011.
- BankTrack (2010). *Close the Gap. Benchmarking investment policies of international banks*. Nijmegen
- Bauer, B.; Bartz, D.; Ahmia, T.; d'Aprile, D.; Franken, M.; Kadritzke, N. & Liebert, N. (2010). *Steueroasen trocknen nicht aus*. Aus: *Atlas der Globalisierung*. Le Monde diplomatique. Berlin.
- Bhinda, N. & Martin, M. (2009). *Private Capital Flows to Low Income Countries: Dealing With Boom and Bust*. FPC CBP Series No 2. Abgerufen am 13.01.2012, von: [http://www.development-finance.org/en/component/docman/doc\\_download/583-fpc-cbp-series-2.html](http://www.development-finance.org/en/component/docman/doc_download/583-fpc-cbp-series-2.html)
- Christian Aid (2011). *Tax and Sustainability: A Framework for Businesses and Socially Responsible Investors*. Abgerufen am 13.01.2012, von: <http://www.christianaid.org.uk/images/tax-and-sustainability-2011.pdf>
- Christian Aid (2013). *Tax responsibility an investor guide*. Abgerufen am 13.01.2012, von: [http://www.actionaid.org.uk/doc\\_lib/tax\\_guide\\_for\\_investors\\_final.pdf](http://www.actionaid.org.uk/doc_lib/tax_guide_for_investors_final.pdf)
- Haken, J. (2011). *Transnational Crime In The Developing World*. Global Financial Integrity. Washington, D.C.
- Hayat Gazzane (2010). *Paradis fiscaux: l'Île-de-France lance la lutte*. Le Figaro. Ausgabe vom 03.06.2010.
- Henderson Global Investors (2005). *Responsible Tax*. Abgerufen am 14.01.2012, von: [http://www.taxjustice.net/cms/front\\_content.php?client=1&lang=1&parent=32&subid=32&idcat=111&idart=44](http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?client=1&lang=1&parent=32&subid=32&idcat=111&idart=44)
- HM Revenue&Customs (2009). *A Code of Practice on Taxation for Banks*. Consultation Document June 29, 2009. Abgerufen am 14.01.2012, von: [http://customs.hmrc.gov.uk/channelsPortalWebApp/channelsPortalWebApp.portal?nfpb=true&pageLabel=pageLibrary\\_ConsultationDocuments&propertyType=document&columns=1&id=HMCE\\_PROD1\\_029639](http://customs.hmrc.gov.uk/channelsPortalWebApp/channelsPortalWebApp.portal?nfpb=true&pageLabel=pageLibrary_ConsultationDocuments&propertyType=document&columns=1&id=HMCE_PROD1_029639)
- Hollingshead, A. (2010). *The Implied Tax Revenue Loss from Trade Mispricing*. Global Financial Integrity. Washington, D.C.
- Houlder, V. (2010). *Tax Claims hit reputation as well as coffers*. Financial Times. Ausgabe vom 08.11.2010.
- Kar, D. & Freitas, S. (2011). *Illicit Financial Flows from Developing Countries Over the Decade Ending 2009*. Global Financial Integrity. Washington, D.C.
- Murphy, R. (2010). *Taxing Banks – A joint submission to the International Monetary Fund*. Tax Research LLP. Abgerufen am 13.01.2012, von: <http://www.imf.org/external/np/exr/consult/2009/pdf/Comment83.pdf>
- Neighbour, J. (2008). *Transfer pricing: Keeping it at arm's length*. OECD Centre for Tax Policy and Administration. Abgerufen am 18.05.2011, von: [http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer\\_pricing:\\_Keeping\\_it\\_at\\_arms\\_length.html](http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer_pricing:_Keeping_it_at_arms_length.html)
- Organisation for Economic Co-operation and Development (1998). *Harmful Tax Competition. An Emerging Global Issue*. Abgerufen am 18.05.2011, von: <http://www.oecd.org/dataoecd/33/0/1904176.pdf>
- SustainAbility (2006). *Taxing Issues: Responsible Business and Tax*. Abgerufen am 13.01.2012, von: <http://www.sustainability.com/library/taxing-issues#.T0UPpdX0peQ>
- Tax Justice Network (2005). *The Price of Offshore*. Abgerufen am 18.05.2011, von: [http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price\\_of\\_Offshore.pdf](http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore.pdf)
- Tax Justice Network (2009a). *Mapping the Faultlines*. Abgerufen am 18.05.2011 von: <http://mappingthefaultlines.com/mappingthefaultlines/projectbrief>
- Tax Justice Network (2009b). *Where on earth are you?* Abgerufen am 13.01.2012, von: <http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/45940CCBd01.pdf>
- Tax Justice Network (2010). *A Code of Conduct for Taxation*. Abgerufen am 13.01.2012, von: <http://taxjustice.blogspot.de/2007/10/code-of-conduct-for-taxation.html>
- Tax Justice Network (2011). *Economic Crisis + Offshore*. Abgerufen am 23.02.2012, von: [http://www.taxjustice.net/cms/front\\_content.php?idcat=136](http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=136)
- Tax Research LLP (2010). *Research Briefing. Country-by-country reporting*. Abgerufen am 23.02.2012, von: [http://www.taxjustice.net/cms/front\\_content.php?idcat=144](http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=144)

## 12.Kontakt

---

Tommy Piemonte

Leiter imug Nachhaltiges Investment



fon +49.511.12196-32  
mail piemonte@imug.de

Jan Köpper

ESG-Analyst Fixed Income



fon +49.511.12196-28  
mail koepper@imug.de

---

### imug Nachhaltiges Investment



imug Beratungsgesellschaft  
für sozial-ökologische Innovationen mbH

Postkamp 14a  
D - 30159 Hannover

fon 0511.12196-0  
fax 0511.12196-95  
web [www.imug.de](http://www.imug.de)